



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Neuregelungen zum Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches

Aktuell seit 25.06.2026 09:40:09

Angegeben von:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V. (R002086) am 28.06.2024

Beschreibung:

Nach Veröffentlichung des Berichtes der Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin fordert der Paritätische Gesamtverband eine Gesetzesinitiative zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches außerhalb des Strafgesetzbuches. Außerdem wird ein Recht auf freiwillige Beratung statt einer Pflichtberatung zum Schwangerschaftsabbruch gefordert. Beides wäre im derzeitigen Schwangerschaftskonfliktgesetz regelbar.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/13775 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Betroffene Interessenbereiche (1)

Familienpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Bundesgesetze (2)

BeratungsG [\[alle RV hierzu\]](#)

StGB [\[alle RV hierzu\]](#)

